AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 1 | DIENSTAG, DEN 5. JANUAR | 2010

Inhalt:

	Seite
Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Rechts- und Amtshilfe gegenüber dem Ausland	1
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	1
Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen	2

BEKANNTMACHUNGEN

Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Rechts- und Amtshilfe gegenüber dem Ausland

Vom 29. Dezember 2009

In Abschnitt I Absatz 2 der Anordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Rechts- und Amtshilfe gegenüber dem Ausland vom 26. April 1982 (Amtl. Anz. S. 765), zuletzt geändert am 16. November 2007 (Amtl. Anz. S. 2769), wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt und folgende Textstelle angefügt:

„den Leiter des Landeskriminalamts Hamburg."

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 29. Dezember 2009.

Amtl. Anz. S. 1

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die PRIMUS developments GmbH hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Umweltschutz, Gewässerschutz (Wasserbehörde), eine Wasserrechtliche Erlaubnis nach § 7 des Wasserhaushaltsgesetzes für das Entnehmen von Grundwasser zur Trockenhaltung des Baugrubentroges (umlaufende Spundwand mit Anschluss an Weichgelsohle) für die Herstellung eines Wohn- und Geschäftshauses (Baufeld 1 bis 3) an der Hongkongstraße 4-8 beantragt. Das unterhalb einer hydraulisch wirksamen Trennschicht gespannt anstehende Grundwasser soll für eine Dauer von sechs Monaten mit Hilfe von voraussichtlich acht Schwerkraftbrunnen in einer Menge von etwa 72 m^3/h zutage gefördert werden. Somit ergibt sich eine insgesamt zu fördernde Grundwassermenge von etwa 316 000 m^3.

Die Grundwasserentnahme stellt ein Vorhaben nach Nummer 13.3.2 Spalte 2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit Nummer 1.3.1 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG) dar.

Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVPG sowie den in Anlage 2 des HmbUVPG formulierten Kriterien wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens abgesehen.

Von dem Vorhaben gehen nach Einschätzung der zuständigen Wasserbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen aus.

Die Begründung ist bei der Wasserbehörde nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Das Absehen von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist gemäß § 3 a UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Hamburg, den 23. Dezember 2009

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 1

Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen

Es ist beabsichtigt, nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41), zuletzt geändert am 9. August 2007, die öffentlichen Wegeflächen Neuenfelder Straße (Flurstück 2081 teilweise), Gemarkung Wilhelmsburg, zu entwidmen. Es besteht Flächenbedarf für den Neubau der BSU in Wilhelmsburg.

Der Plan über den Verlauf der zu entwidmenden Wegeflächen liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Fachamt Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Block D, Zimmer 103, 20095 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll im Fachamt vorbringen. Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 18. Dezember 2009

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 2

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Schule und Berufsbildung,
Amt für Verwaltung – Bauabteilung –

Postanschrift:

Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Vergabestelle V 53-4

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 63 - 39 81

Zu Händen Frau Krips,
E-Mail: Sabine.Krips@bsb.hamburg.de,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 63 - 34 81

Weitere Auskünfte erteilen:

andere Stellen, siehe Anhang A.I

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Bildung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Schule Klein Flottbeker Weg 64. Ersatz der abgängigen Bausubstanz durch Neubauten und Errichtung einer Dreifeldhalle – ESTRICH- UND PARKETTARBEITEN – V 53 EG 08/10

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauleistung

Erbringung einer Bauleistung, gleichgültig mit welchen Mitteln, gemäß den vom öffentlichen Auftraggeber genannten Erfordernissen.

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Estricharbeiten und Hochkant-Lamellenparkett

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45214200

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

ca. 5000 m² Zementestrich,

ca. 5000 m² Dämmung,

ca. 2600 m² Parkett (Hochkantlamelle),

ca. 1500 m Sockelleisten.

II.2.2) Optionen: –

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Beginn: –
Ende: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Bürgschaft über 5 % der Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung und 3 % als

Sicherheit für Mängelansprüche ab einer Auftragssumme von 250.000,– Euro.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1 Buchstabe f).

Der Bewerber hat eine Erklärung vorzulegen, dass er in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 6 Absatz 1 oder 2 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500,– Euro belegt worden ist.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1 Buchstaben a) und c).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1 Buchstaben b) und d).

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Anwendung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

V 53 EG 08/10

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:

Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

3. Februar 2010, 16.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 40,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Per Banküberweisung, Empfänger: Behörde für Schule und Berufsbildung, Konto-Nr.: 20001560; BLZ: 200 000 00; Geldinstitut: Bundesbank. Verwendungszweck: 30006 V 53 EG 08/10.

Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

9. Februar 2010, 11.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 9. April 2010

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 9. Februar 2010, 11.30 Uhr

Ort: Behörde für Schule und Berufsbildung, Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg, Vergabestelle V 53-4, Zimmer 203

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Bieter oder ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**: –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

16. Dezember 2009

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – ABH 51

Postanschrift:

Wendenstraße 4, 20097 Hamburg, Deutschland

Kontaktstellen:

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 41 - 47 51

Zu Händen Herrn Bernd Homrighausen,
E-Mail: Bernd.Homrighausen@bsu.hamburg.de
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 41 - 47 99

Hamburg, den 16. Dezember 2009

Die Behörde für Schule und Berufsbildung 1

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Schule und Berufsbildung,
Amt für Verwaltung – Bauabteilung –

Postanschrift:

Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Vergabestelle V 53-4

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 63 - 39 81

Zu Händen Frau Krips,
E-Mail: Sabine.Krips@bsb.hamburg.de,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 63 - 34 81

Weitere Auskünfte erteilen:

andere Stellen, siehe Anhang A.I

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Bildung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Schule Klein Flottbeker Weg 64. Ersatz der abgängigen Bausubstanz durch Neubauten und Errichtung einer Dreifeldhalle.

LOS 11
ELEKTROINSTALLATION

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauleistung

Erbringung einer Bauleistung, gleichgültig mit welchen Mitteln, gemäß den vom öffentlichen Auftraggeber genannten Erfordernissen.

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Elektrische Anlage mit Daten- und Fernmeldetechnik sowie Blitzschutz.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45214200

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

- 1 Stück Niederspannungshauptverteilung inkl. Demontage und Umbindung,
- 5 Stück Unterverteilungen,
- ca. 700 m Kabelrinne,
- ca. 400 m Brüstungskanal,
- ca. 17.000 m Kabel und Leitungen,
- ca. 1.000 Stück Installationsgeräte,
- Äußere Blitzschutzanlage, Erdungsanlage,

– Photovoltaikanlage 5 KWp,
– Sonnenschutzanlage mit ca. 100 Motoren,
– Steuerung für ca. 200 Fenstermotoren,
– Elektroakustische Anlage mit Zentrale und ca. 70 Einbaulautsprechern,
– Tageslichtabhängige Beleuchtungssteuerung für Dreifeld-Sporthalle,
– CO_2-Mess- und Warnanlage zur Luftqualitätsmessung.

II.2.2) Optionen: –

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Beginn: –
Ende: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Bürgschaft über 5% der Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung und 3% als Sicherheit für Mängelansprüche ab einer Auftragssumme von 250.000,– Euro.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1 Buchstabe f).

Der Bewerber hat eine Erklärung vorzulegen, dass er in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 6 Absatz 1 oder 2 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500,– Euro belegt worden ist.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1 Buchstaben a) und c).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1 Buchstaben b) und d).

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Anwendung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

V 53 EG 09/10

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:

Ja, Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl.:
2009/S 153-223153 vom 12. August 2009

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

22. Januar 2010, 16.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 70,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Per Banküberweisung, Empfänger: Behörde für Schule und Berufsbildung, Konto-Nr.: 20001560; BLZ: 200 000 00; Geldinstitut: Bundesbank. Verwendungszweck: 30006 V 53 EG 09/10.

Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

27. Januar 2010, 11.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 27. März 2010

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 27. Januar 2010, 11.30 Uhr

Ort: Behörde für Schule und Berufsbildung, Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg, Vergabestelle V 53-4, Zimmer 203

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Bieter oder ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**: –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

17. Dezember 2009

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – ABH 51

Postanschrift:

Wendenstraße 4, 20097 Hamburg, Deutschland

Kontaktstellen:

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 41 - 47 51

Zu Händen Herrn Bernd Homrighausen,
E-Mail: Bernd.Homrighausen@bsu.hamburg.de
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 41 - 47 99

Hamburg, den 17. Dezember 2009

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

2

a) Bezirksamt Hamburg-Nord,
Fachamt Management des öffentlichen Raumes,
Fachbereich Tiefbau,
Kümmellstraße 6, 20243 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 04 - 61 05,
Telefax: 040 / 4 28 04 - 67 03

b) Öffentliche Ausschreibung

c) Ausführung von Bauleistungen

d) Ort der Ausführung:

Bezirk Hamburg-Nord

e) Vergabenummer: **N/MR2 - 4/09**

Wesentliche Leistungen:

Die Gewässerräumung – Mahd – erfolgt einmal im Jahr im September vor den Herbstschauen

Die Gewässerreinigung erfolgt einmal monatlich, insgesamt zehnmal im Jahr

Abschnitt I (Groß Borstel) 2.965 lfd. m räumen und reinigen.

Abschnitt II (Fuhlsbüttel, Langenhorn, Ohlsdorf) 19.410 lfd. m und 13 Rückhaltebecken mit einer Gesamtfläche von 116.233 m² räumen und reinigen.

Abschnitt III (Barmbek, Dulsberg) 2.670 lfd. m und 2 Rückhaltebecken mit einer Fläche von 2.545 m² räumen und reinigen.

f) Aufteilung in Lose: nein

g) Zweck der Bauleistung:

Gewässerreinigung und -räumung 2010

h) Ausführungsfrist:

Beginn: Anfang Februar 2010,
Ende: Dezember 2010

i) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:

vom 11. Januar 2010 bis 25. Januar 2010, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Bezirksamt Hamburg-Nord, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Verwaltung, Kümmellstraße 6, 20243 Hamburg, Zimmer 513

j) Kostenbeitrag für die Unterlagen:

Höhe des Kostenbeitrages: 25,– Euro

Erstattung: nein

Zahlungsweise: Bar oder Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Freie und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt Hamburg-Nord.

Als Zahlungsgrund bitte die Referenznummer 4010840000171 angeben.

Geldinstitut: Zentralkasse der Deutschen Bundesbank Hamburg.

Kontonummer: 20 001 584, BLZ: 200 000 00.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, siehe Buchstabe i), schicken.

k) Ende der Angebotsfrist: 26. Januar 2010

l) Angebote sind zu richten an:

Anschrift siehe Buchstabe i)

m) Das Angebot ist abzufassen in: Deutsch

n) Bei der Öffnung der Angebote dürfen anwesend sein:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

o) Angebotseröffnung:
26. Januar 2010 um 11.00 Uhr, Bezirksamt Hamburg-Nord, Kümmellstraße 6, 20243 Hamburg, Foyer, 1. Stock, Raum 128

p) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

q) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

r) Rechtsform von Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

s) Geforderte Eignungsnachweise:
- Angaben der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß VOB/A § 8 Nummer 3 (1).
- Gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG; ausländische Unternehmen haben eine gleichwertige Bescheinigung vorzulegen.
- Bescheinigung der Berufsgenossenschaft, die nicht älter als 12 Monate sein darf, zum Nachweis, dass die Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden; ausländische Unternehmen haben vergleichbare Nachweise zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert, und
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse (SOKA-Bau oder anderer Sozialkassen) des Baugewerbes, die nicht älter als 12 Monate sein darf, über die vollständige Entrichtung von Beiträgen; ausländische Unternehmen haben einen vergleichbaren Nachweis zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
- Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

t) Die Bindefrist endet am 25. Februar 2010

v) Auskünfte erteilt: Anschrift siehe Buchstabe i)

Zum Verfahren:

Herr Linder,
Telefon: 040 / 4 28 04 - 60 66

Zum technischen Inhalt:

Herr Mewes,
Telefon: 040 / 4 28 04 - 61 05

Beschwerdestelle:

Bezirksamt Hamburg-Nord, der Dezernent für Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Kümmellstraße 6, 20243 Hamburg, Telefax: 040 / 4 28 04 - 67 00

Hamburg, den 22. Dezember 2009

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

3

Öffentliche Ausschreibungen der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Behörde für Schule und Berufsbildung – Schulbudgets und Beschaffungen –, Oberaltenallee 44, 22081 Hamburg, schreibt die **Lieferung von Zeichenpapier** für die Behörde für Schule und Berufsbildung – insbesondere an Schulen – unter der Projektnummer 2009000139 öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 8. Februar 2010, 10.30 Uhr

Ende der Zuschlags-/Bindefrist: 31. März 2010

Ausführungsfrist: 1. April 2010 bis 31. März 2011

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren und erhalten dort die Verdingungsunterlagen kostenfrei.

Die Vergabeunterlagen können auch montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr bei der Behörde für Schule und Berufsbildung, Schulbudgets und Beschaffungen, Oberaltenallee 44, 22081 Hamburg (Raum 433) eingesehen, abgeholt oder per E-Mail unter monika.christian@bsb.hamburg.de. bzw. unter Einsendung eines Freiumschlages (Gr. C4) per Post abgefordert werden.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 7 Nummer 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Der Bieter unterliegt mit der Abgabe seines Angebots den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 27 VOL/A bzw. § 27 a VOL/A.

Hamburg, den 16. Dezember 2009

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

4

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt **Glas- und Gebäudereinigung** in der Schule Zollenspieker, Kirchenheerweg 223, 21037 Hamburg, unter der Projektnummer **2009000131** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 26. Januar 2010, 14.00 Uhr

Ende der Zuschlags-/Bindefrist: 31. Mai 2010

Ausführungsfrist: 1. Juni 2010 bis auf Weiteres

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren und erhalten dort die Verdingungsunterlagen kostenfrei.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,– Euro an die Submissionsstelle Finanzbehörde, Gänsemarkt 36 (Raum 100), 20354 Hamburg, Deutschland, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20), Kontonummer 391 336 - 206, unter Angabe der Projektnummer 2009000131 und **Ihrer Anschrift** angefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 7 Nummer 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Der Bieter unterliegt mit der Abgabe seines Angebotes den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 27 VOL/A.

Hamburg, den 16. Dezember 2009

Die Finanzbehörde

5

Lütcke & Wulff
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

C 1160

PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt

Gerichtliche Mitteilungen

Konkursverfahren

65 c N 171/97. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Hanseatische Aktiengesellschaft Elektrizitätswerk- und Umwelttechnik**, Lüneburger Straße 25, 21073 Hamburg, Vorstand: Dr. Hans-Dieter Wiedefeldt u. a., beschließt das Amtsgericht Hamburg durch den Rechtspfleger Kröpke: Den Mitgliedern des Gläubigerausschusses wird nach Anhörung der Gläubigerversammlung die endgültige Vergütung sowie Auslagen wie folgt festgesetzt:

	Vergütung	Auslagen
Herr Raab	82.200,00	11.970,00
Herr Capelle	62.700,00	1.547,00
Herr Hensel	59.400,00	5.531,16
Herr Plück	59.400,00	2.507,42
Herr Fellmer	25.225,84	2.267,04
Herr Müller	56.400,00	1.518,33

Jeweils zuzüglich 19 % Umsatzsteuer, soweit eine Umsatzsteuerpflicht besteht. Die bereits gezahlten Vorschüsse sind anzurechnen.

Hamburg, den 17. Dezember 2009

Das Amtsgericht, Abt. 65

6

Konkursverfahren

65 c N 171/97. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Hanseatische Aktiengesellschaft Elektrizitätswerk- und Umwelttechnik,** Lüneburger Straße 25, 21073 Hamburg, Vorstand: Dr. Hans-Dieter Wiedefeldt u. a. Herr Rechtsanwalt Dr. Gerd G. Weiland wird beauftragt und bevollmächtigt, als Treuhänder die weiteren Forderungen und Vermögenswerte der Hanseatische Aktiengesellschaft Elektrizitätswerk- und Umwelttechnik einzuziehen und entgegen zu nehmen. Er wird ermächtigt, für die Durchführung dieses Auftrags Unterbevollmächtigte und Anwälte zu beauftragen. Rechtsanwalt Dr. G. Weiland ist insbesondere als Treuhänder auch berechtigt, Forderungen gegen Banken, Firmen und Privatpersonen in Pakistan geltend zu machen. Er ist ausdrücklich berechtigt, vor pakistanischen Gerichten Klagen zu erheben und sich gegen Ansprüche gegen die HAG gerichtet vor Gerichten und in sonstiger Weise zu wenden. Er ist weiter berechtigt, Geldbeträge für die HAG entgegen zu nehmen und Vergleiche jeder Art in Pakistan abzuschließen. Sofern durch den Treuhänder Geldbeträge eingezogen worden sind, sind sie nach Abzug der Kosten an die Gläubiger der HAG auszukehren entsprechend der nach deutschem Recht (Konkursordnung) vorgesehenen Art und Weise sowie der Rangfolge.

Hamburg, den 17. Dezember 2009

Das Amtsgericht, Abt. 65

7

Konkursverfahren

65 a N 456/95. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Bankhaus Fischer & Co.**, vormals: Pelzerstraße 13, 20095 Hamburg, vormals: Schauenburger Straße 23, 20095 Hamburg, jetzt: Jungfernstieg 38, 20354 Hamburg. Persönlich haftender Gesellschafter: l. Günter Fischer, verstorben am 19. Dezember 2000, Nachlasskonkursverwalter Rechtsanwalt Dr. Hans U. Hildebrandt, Raboisen 38, 20095 Hamburg, 2.) Verwaltungsgesellschaft C.F.B. mbH, vertreten durch die Geschäftsführer Dr. Gerd Lembke, Jungfernstieg 38, 20354 Hamburg und Dr. Sven-Holger Undritz, Jungfernstieg 38, 20354 Hamburg, beschließt das Amtsgericht Hamburg, Abteilung 65 durch den Rechtspfleger Kröpke: Dem Konkursverwalter, Rechtsanwalt Dr. Klaus Pannen, Jungfemstieg 51, 20095 Hamburg, wird gestattet, einen weiteren Vorschuss auf seine Vergütung und Auslagen zu entnehmen. Voraussetzung für die Entnahme bzw. Auszahlung ist jedoch, dass genügend Masse zur Deckung der Masseschulden und Massekosten zur Verfügung bleibt.

Zur Begründung wird auf den Antrag des Konkursverwalters vom 19. November 2009 Bezug genommen.

Hamburg, den 21. Dezember 2009

Das Amtsgericht, Abt. 65

8

Konkursverfahren

65 a N 143/98. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **homestore Möbelhandel GmbH & Co. KG,** persönlich haftender Gesellschafter: Verwaltung homestore Möbelhandel GmbH, Geschäftsführer: Thomas Uhlig, ehemals: Appelhof 7, 22309 Hamburg, wird die Vornahme der Schlussverteilung genehmigt. Schlusstermin mit folgender Tagesordnung: 1. Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, 2. Abnahme der Schlussrechnung des Konkursverwalters, 3. Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, 4. Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände, wird bestimmt auf **Donnerstag, den 28. Januar 2010, 9.15 Uhr, Saal B 405,** vor dem Insolvenzgericht Hamburg, Sievekingplatz l, Ziviljustizgebäude, 20355 Hamburg.

Dem Konkursverwalter wird aufgegeben, die nach § 151 KO erforderliche Veröffentlichung zu veranlassen und die Belege darüber rechtzeitig einzureichen.

Die Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters für seine Geschäftsführung werden wie folgt festgesetzt: Vergütung: 49.622,78 Euro abzüglich darin enthaltene Umsatzsteuer (7 %): 3.246,35 Euro. Fiktive Nettovergütung: 46.376,43 Euro zuzüglich hälftige allgemeine Umsatzsteuer (9,5 %) auf fiktive Nettovergütung: 4.405,76 Euro. Bruttovergütung: 54.028,54 Euro. Der bereits festgesetzte Vergütungsvorschuss von 21.701,05 Euro ist anzurechnen. Hinsichtlich der Berechnung der Umsatzsteuer wird auf den Beschluss des BGH vom 20. November 2003 (IX ZB 469/02) verwiesen.

Zur Begründung wird auf den Antrag des Konkursverwalters vom 6. Oktober 2009 Bezug genommen.

Hamburg, den 23. Dezember 2009

Das Amtsgericht, Abt. 65

9

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7 % Mehrwertsteuer).